Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeitslosenversicherung unterbinden!

Bildungsgewerkschaft zu Studie über pädagogische Saisonarbeit

Mitteilung: GEW Hauptvorstand

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kritisiert, dass die Bundesländer Lehrkräfte vor den Ferien entlassen und nach den Ferien wieder einstellen. Wie weit diese skandalöse Praxis verbreitet ist, belegt eine aktuelle Auswertung der Bundesagentur für Arbeit (BA). Demnach kam es im Jahr 2013 in den Monaten mit Sommerferien zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosmeldungen von Lehrkräften. „Das hire-and-fire-Prinzip wird weder den Schülerinnen und Schülern noch den Lehrkräften gerecht. Hier sanieren sich die Bundesländer als Arbeitgeber auf Kosten der Beitragszahler“, kritisierte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.

Das Phänomen der saisonalen Lehrerarbeitslosigkeit fällt bereits seit einigen Jahren auf. Die Anzahl der zusätzlich arbeitslos gemeldeten Lehrkräfte lag laut BA in diesem Sommer bei rund 6.400, im Vorjahr waren es rund 5.500. Spitzenreiter ist mit 1.680 zusätzlichen Arbeitslosen Baden-Württemberg. Das Phänomen lässt sich aber auch in allen anderen westdeutschen und abgeschwächt auch in den ostdeutschen Bundesländern nachweisen.

„Wir gehen davon aus, dass zu diesen gemeldeten Arbeitslosen noch eine unbekannte Zahl entlassener Lehrkräfte hinzuzurechnen ist. Diese melden sich gar nicht erst arbeitslos, da sie wegen fehlender Leistungsvoraussetzungen keine finanziellen Vorteile der Meldung sehen oder auf einen Anschlussvertrag nach den Ferien hoffen“, erklärte Tepe. Schulpersonalräte berichteten, dass auch andere Schulferien gerne bei Vertretungsverträgen ausgespart werden. Die genaue Zahl befristet beschäftigter Lehrkräfte sei aber leider nicht genau zu erfassen, bemängelte die GEW-Vorsitzende.

Tepe wies auf die Konsequenzen dieser Befristungspraxis hin: „Die Schulen haben zu Beginn eines neuen Schuljahres noch keine Gewissheit über die Lehrerversorgung und müssen oft zwei Wochen oder länger die Stundenpläne ändern. Darunter leiden auch die Schülerinnen und Schüler. Für die betroffenen Lehrkräfte bedeutet dieses Sparmodell andauernde Jobunsicherheit und unbezahlte Arbeit. Denn: Auch wenn der Arbeitsvertrag ausgelaufen ist, so muss der Unterricht für das neue Schuljahr trotzdem vorbereitet werden.“

Pressemitteilung v. 10.12.2013
Ulf Rödde
Pressesprecher
GEW-Hauptvorstand
www.gew.de